

Politik

Rosi Mittermeier dachte lange: „Was haben wir da für einen tollen Pfarrer“ – wie viele andere in ihrer Kirchengemeinde in Garching an der Alz auch. „Man hat sich da blenden lassen“, sagt sie heute. „Die Perspektive war ganz auf den Täter fokussiert. Wenn man dann die Perspektive der Betroffenen eingenommen hat, zeigt sich ein ganz anderes Bild.“ Dieser „tolle Pfarrer“, an den sich alle in der Gemeinde noch gut erinnern, ist inzwischen die Hauptfigur in einem der schlagzeilentragendsten Missbrauchsfälle in der katholischen Kirche. Denn was die Gemeinde zwei Jahrzehnte lang nicht wusste: Als Priester H. Ende der 1980er-Jahre seine Stelle in Garching antrat, war er ein verurteilter Missbrauchstäter.

Das Amtsgericht Ebersberg hatte den zuvor in Grafing bei München tätigen damaligen Kaplan H. im Juni 1986 wegen sexuellen Missbrauchs Minderjähriger zu 18 Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung und einer Geldstrafe in Höhe von 4000 Mark verurteilt. Die Bewährungszeit wurde auf fünf Jahre festgesetzt. H. wurde angewiesen, sich in eine Psychotherapie zu begeben.

Bislang vier Opfer bekannt

Dass er auf Bewährung war, als er in Garching anfang, war dort nicht bekannt – auch Stefan und seiner Familie nicht. „Diesen verurteilten und untherapierbaren Mann dann wieder in eine Gemeinde zu schicken und mit so vielen Kindern und Jugendlichen arbeiten zu lassen, das macht einen einfach nur fassungslos und ein Stück weit aggressiv“, sagt Stefan in einem Interview des Recherchenetzwerks „Correctiv“ und dem Bayerischen Rundfunk. Der Mann, der den Angaben zufolge heute um die 40 Jahre alt ist, gibt an, von dem verurteilten Serientäter H. über mehrere Jahre missbraucht worden zu sein. Er ist damit nach Angaben der Initiative „Sauerteig“ das vierte mutmaßliche Garchinger Opfer des Pfarrers, das bislang bekannt ist.

Die Erzdiözese bestätigte inzwischen auf Anfrage, dass sich dort Ende 2021 ein vierter Betroffener gemeldet habe, der zu einem vereinbarten Treffen aber nicht erschienen sei, „sodass der Erzdiözese bislang keine weiteren Kenntnisse“ vorlägen. Ob es sich dabei um eben jenen Stefan handelte, war zunächst unklar.

Im vergangenen Jahr hatte das Erzbistum eingeräumt, dass H. auch nach seiner Versetzung in die oberbayerische Gemeinde und seinem Gerichtsurteil weiter Kinder miss-



Half Benedikt, Missbrauch zu vertuschen?

Über Jahre soll ein Priester sich im Erzbistum München an Kindern vergriffen haben – Ein Gutachten zum Umgang mit den Taten belastet auch den emeritierten Papst

brauchte. Der Satz „Seit dem Gerichtsurteil im Jahr 1986 wurden dem Ordinariat keine weiteren Vorfälle mehr bekannt“ aus einer Bistumsmitteilung aus dem Jahr 2010 ist heute nicht mehr wahr. 2008 wurde H. – nach rund 20 Jahren – aus der Gemeinde abberufen und erneut versetzt, dieses Mal nach Bad Tölz. Inzwischen ist er suspendiert und in sein Heimatbistum Essen zurückbeordert worden.

Nach Bistumsangaben ist nach dem Amtsantritt von Kardinal Reinhard Marx als Münchner Erzbischof ein forensisches Gutachten zu H. erstellt worden. Es „erhellte“ aus Sicht des Ordinariats nicht

den Verbleib von H. in der Pfarrseelsorge“, teilte das Bistum nach Bekanntwerden des Falls 2010 mit. Marx' Vorgänger im Amt des Münchner Erzbischofs, Kardinal Friedrich Wetter, formulierte im selben Jahr eine Entschuldigung: „Ich habe die Fähigkeit eines Menschen zu persönlicher Umkehr überschätzt, und ich habe die Schwierigkeiten einer therapeutischen Behandlung von pädophil Veranlagten unterschätzt. Mir ist jetzt schmerzlich bewusst, dass ich damals eine andere Entscheidung hätte treffen müssen.“

Als „Verrat an der Botschaft Jesu“ und „ein Versagen der Instituti-

on“ bezeichnete Marx den Fall H. im vergangenen Jahr bei einem Besuch in der Garchinger Kirchengemeinde, bei dem er um Verzeihung bat.

Garching an der Alz liegt nur knapp 30 Autominuten entfernt von Markt am Inn, der Geburtsstadt des bayerischen Papstes Benedikt XVI. Und auch auf den ist man nicht mehr unbedingt nur gut zu sprechen in der Garchinger Kirchengemeinde St. Nikolaus. Denn der heute emeritierte Papst war als Kardinal Joseph Ratzinger von 1977 bis 1982 Erzbischof von München und Freising und damit im Dienst, als Priester H. nach Bayern versetzt und in Grafing bei München einge-

setzt wurde – nachdem er zuvor in seinem Heimatbistum Essen in Nordrhein-Westfalen Kinder missbraucht haben soll. Die Rolle des späteren Papstes in dem Skandal um H. ist seit Jahren so unklar wie umstritten.

Bekannt ist, dass es ein kircheninternes Dekret zum Fall H. aus dem Jahr 2016 gibt, aus dem in den vergangenen Jahren mehrere Medien zitierten. Zuletzt berichtete die „Zeit“, dass darin auch Ratzinger explizit genannt werde: Obwohl er von der Vorgeschichte des mutmaßlichen Missbrauchspriesters Kenntnis gehabt habe, habe er ihn in seinem Bistum aufgenommen und eingesetzt.

Klarheit wird nun erhofft von dem Gutachten der Münchner Anwaltskanzlei Westpfahl Spilker Wastl (WSW), das verspricht, Missbrauchsfälle im Erzbistum systematisch aufzuarbeiten, dabei auch Verantwortlichkeiten in der Kirchengemeinde zu benennen – und das in dieser Woche in München veröffentlicht werden soll. Laut „Correctiv“ und BR hat der mutmaßliche Betroffene Stefan auch mit der Kanzlei gesprochen.

Falsche Behauptungen?

Benedikts Privatsekretär und Sprachrohr Georg Gänswein hat Vorwürfe gegen seinen Chef bestritten und jüngst der „Zeit“ gesagt: „Die Behauptung, er (Benedikt) hätte Kenntnis von der Vorgeschichte zum Zeitpunkt der Entscheidung über die Aufnahme des Priesters H. gehabt, ist falsch.“ Auch der Autor und Ratzinger-Vertraute Peter Seewald warf sich für den bayerischen Papst in die Bresche: Das Gutachten werde bestätigen, „was man in dem viel diskutierten Fall eines schuldig gewordenen Priesters auch jetzt schon wissen kann: (Joseph) Ratzinger hat als Bischof von München weder von der Vorgeschichte dieses Priesters gewusst, noch war er je daran beteiligt, dass der Mann wieder in der Seelsorge eingesetzt wurde“, sagte der Journalist und Autor der „Passauer Neuen Presse“.

Vorwürfe gegen Ratzinger kurz vor dem Gutachten zu platzieren, sei „gewissermaßen die letzte Möglichkeit, ungeniert spekulieren und den früheren Papst anklagen zu können, unabhängig von Fakten und Untersuchungsergebnissen“, sagte Seewald. Rosi Mittermeier von der Initiative „Sauerteig“ bewertet das anders: Sie sieht heute eine „Hilf- und Sprachlosigkeit“ in der katholischen Kirche – und vor allem eins: Systemfehler. „Systemfehler haben dieses Ausmaß an Missbrauch ermöglicht – über Jahrzehnte.“ Britta Schultejan

Kompakt

Schadsoftware auf PCs in Ukraine entdeckt

■ **Redmond.** Sicherheitsforscher von Microsoft haben auf Dutzenden Computern in der Ukraine neue Schadsoftware entdeckt, die sie unbrauchbar machen könnte. Das Programm tarnte sich zwar als ein Erpressungstrojaner, sei aber in Wirklichkeit dafür gedacht, auf Befehl des Angreifers Daten zu zerstören, teilte Microsoft mit. Die Software sei unter anderem auf Computern von Regierungsbehörden und IT-Spezialisten gefunden worden. Microsoft sieht ein erhöhtes Risiko für alle Computersysteme in der Ukraine. Die Experten äußerten sich nicht zur möglichen Herkunft der Attacke. Bisherige Cyberangriffe in der Ukraine werden von westlichen IT-Experten als Werk russischer Hacker gesehen.

Eine Milliarde Impfdosen an arme Länder geliefert

■ **Genf.** Das internationale Impfstoffprogramm Covax hat die Milliardenmarke bei der Auslieferung von Corona-Impfdosen geschafft. Die einmilliardste Dosis war in einer Lieferung, die am Samstag im ostafrikanischen Ruanda eintraf, wie die Impfallianz Gavi mitteilte. Zu dieser gehören Regierungen, Firmen, Stiftungen und UN-Organisationen. Covax beliefert vor allem die 92 ärmsten Länder, die kein Geld für den Kauf von Impfstoff haben, sowie solche mit mittleren Einkommen. Insgesamt bekamen bislang 144 Länder über Covax Impfstoffe. Mitte Januar gab es noch 36 Länder vor allem in Afrika, die erst weniger als 10 Prozent ihrer Bevölkerung geimpft hatten.

Johnson kämpft ums politische Überleben

■ **London.** Nach neuen Vorwürfen wegen des Bruchs von Corona-Regeln in seinem Regierungssitz ringt der britische Premierminister Boris Johnson um sein Amt. In seinem Regierungssitz in der Londoner Downing Street hat es während der Pandemie nicht nur vereinzelte, sondern regelmäßige Zusammenkünfte gegeben, auf denen Alkohol floss, wie der in der Regel gut informierte „Mirror“ schrieb. Mehrere Tory-Abgeordnete fordern mittlerweile offen Johnsons Rücktritt, dazu gesellte sich am Wochenende der Parlamentarier Tim Loughton, der sagte: „Ich bin bedauerlicherweise zu dem Schluss gekommen, dass Boris Johnsons Position jetzt unhaltbar ist.“

Milizenführer nach Kapitol-Sturm angeklagt

Elmer Stewart Rhodes gilt als einer der Rädelsführer des Aufstands – Nun droht ihm eine lange Haftstrafe

Von unserem US-Korrespondenten Thomas Spang

■ **Washington.** Elmer Stewart Rhodes (56) ist der erste Aufständische vom 6. Januar, der sich wegen „Verschwörung zum Sturz der Regierung“ vor Gericht verantworten muss. Der Milizenführer aus Little Elm hat von seinen „Oath Keepers“ (etwa: „Eidwächter“) stets große Dinge verlangt. „Er stiftet andere Leute an, sich schnell zu entscheiden, ob sie sich an kriminellen und gewalttätigen Aktionen beteiligen wollten“, sagt der Extremismusforscher Sam Jackson, der ein Buch über Rhodes und dessen Miliz geschrieben hat. Wenn es dem Aufrührer dann zu heiß werde, so Jackson, distanzieren er sich in aller Regelmäßigkeit.

Dieses Verhalten trug dem Mann mit der schwarzen Augenklappe in der rechten Szene einen gemischten Ruf ein. Gerüchte machten die Runde, der Gründer der „Oath Keepers“ sei in Wirklichkeit ein FBI-Undercoveragent. Wie sonst könnte er sich so oft einer Fest-



Ein wütender Mob drang am 6. Januar 2021 ins Kapitol ein. Foto: dpa

nahme entzogen haben? Etwa während eines bewaffneten Aufstands von Ranchern in Nevada im Jahr 2014 oder während des Aufmarschs seiner Miliz bei den „Black Lives Matter“-Protesten in Ferguson im selben Jahr.

Seit seiner Festnahme am Donnerstag steht nun jedoch außer Frage, dass Rhodes einer der ihren ist. Zusammen mit zehn anderen Mitgliedern der „Oath Keepers“-Miliz sitzt er seitdem in Untersuchungshaft. Rhodes drohen bis zu 20 Jahre Gefängnis, falls er verurteilt wird wegen seiner Rolle beim Sturm aufs Kapitol am 6. Januar. Die Anklage gegen den Milizenführer

ragt aus allen bisherigen Strafverfahren gegen Teilnehmer des Aufstands heraus, weil die Staatsanwaltschaft Rhodes wegen „Verschwörung zum Sturz der Regierung“ zur Verantwortung zieht.

Die Ankläger verfügen über eine Fülle an Beweisen, die aus verschlüsselten Chats, Zeugenaussagen und öffentlichen Äußerungen stammen. Demnach kommunizierte der ehemalige Angehörige der US-Armee am 6. Januar vor dem Kapitol via der verschlüsselten App Signal mit seinem Team, das beim Angriff auf den Kongress zur Speerspitze der Aufständischen gehörte. Derzeit warteten in einem Hotel im Nachbarstaat Virginia bewaffnete „Oath Keepers“ auf Rhodes' Befehle.

Angehörige der Miliz sorgten am 6. Januar für Personenschutz für prominente Verbündete Donald Trumps wie etwa dessen Intimus Roger Stone. In gewohnter Manier versuchte Rhodes, sich nach dem Scheitern des Coups aus der Schusslinie zu nehmen. Er sei selbst nicht in den Kongress eingedrungen, verteidigte er sich. „Die Mission ist komplett aus dem Ruder gelaufen.“

Dass die Strafverfolgungsbehörden diesmal zugriffen, hat auch damit zu tun, dass die von Rhodes aufgestachelten Kameraden die Nase voll haben. Darunter der Heavy-

Metal-Gitarrist und Mitbegründer der „Oath Keepers“, Jon Schaffer, der laut Medienberichten mit der Staatsanwaltschaft kooperiert.

Rhodes hatte sich mit seinen feurigen Auftritten nach der Wahlniederlage Trumps selbst schwer belastet. Bei einer Kundgebung am 12. Dezember 2020 in Washington hetzte der frühere Mitarbeiter des libertären Präsidentschaftskandidaten Ron Paul seine Zuhörer dazu auf, sich „auf einen blutigen Krieg vorzubereiten“. Zwei Tage vor dem Sturm aufs Kapitol forderte er „alle Patrioten“ dazu auf, „sich in Präsident Trumps Kampf gegen Feinde von außen und von innen zu erheben, die einen Coup versuchen“.

Rhodes Ex-Ehefrau Tasha Adams beschreibt ihren früheren Mann als jemanden, der unter Größenwahn litt. Er habe sich als der nächste George Washington gesehen. Während sie sich zu Hause um die Kinder kümmerte, studierte Stewart an der Yale-Universität Staatsrecht. In den Jahren danach habe er sich zunehmend radikalisiert. Die Wahl Barack Obamas zum ersten schwarzen Präsidenten der Vereinigten Staaten motivierte Rhodes, im März 2009 die „Oath Keepers“ zu gründen. Während der Trump-Ära machte die Gruppierung sich zusammen mit den rechtsextremen „Proud Boys“ einen Namen als gewaltbereite Schlägertruppe.

„Das war ein Terrorakt“

Spezialkräfte befreien Geiseln aus Synagoge in Texas

■ **Colleyville/Washington.** Eine Geiselnahme in einer Synagoge hat die Polizei im US-Staat Texas in Atem gehalten: Nach stundenlangen Verhandlungen mit dem Geiselnahmer drangen Spezialkräfte am Samstagabend in das Gotteshaus in der Stadt Colleyville nahe Dallas ein und befreiten die Geiseln, die unverletzt blieben. Der Täter – laut Polizei ein 44 Jahre alter Brite – kam ums Leben. Wie genau, das ließ die Polizei offen. Auch zu den Hintergründen hielten sich die Behörden zunächst bedeckt. US-Medien berichteten unter Berufung auf Ermittlerkreise, der Geiselnahmer habe die in Texas inhaftierte pakistanische Wissenschaftlerin Aafia Siddiqui freipressen wollen, die 2010 wegen versuchten Mordes an US-Soldaten in Afghanistan verurteilt wurde.

Der Mann, den die Polizei als Malik Faisal A. identifizierte, hatte vormittags während eines Gottesdienstes in der Synagoge der 26 000-Einwohnerstadt vier Geiseln genommen und sich über Stunden mit ihnen verschanzte. Unter ihnen war der Rabbi. Der Gottesdienst wurde auf der Facebook-Seite der Gemeinde live übertragen. Die lokale Zeitung „Fort Worth Star Telegram“ berichtete, in dem Livestream sei die Stimme eines wütenden

Mannes zu hören gewesen, der geschimpft und unter anderem über Religion gesprochen habe. Er habe mehrmals gesagt, er wolle niemandem weh tun, und glaube, er werde sterben. Irgendwann brach die Übertragung ab.

Die Polizei war mit etwa 200 Beamten im Einsatz. FBI-Experten hielten den Tag über mit dem Geiselnahmer Kontakt und verhandelten mit ihm. Am frühen Abend kam die erste Entwarnung: eine männliche Geisel wurde freigelassen. Ein paar Stunden später kamen auch die restlichen drei Geiseln frei.

US-Präsident Joe Biden sagte: „Das war ein Terrorakt.“ Man gehe davon aus, dass der Geiselnahmer seine Waffen auf der Straße gekauft habe. Bomben habe er, anders als von ihm selbst dargestellt, wohl nicht bei sich gehabt. Der Mann habe außerdem eine Nacht in einer Obdachlosenunterkunft verbracht.

Laut FBI gab es keine Hinweise, dass weitere Menschen in die Geiselnahme involviert waren. Der FBI-Beamte Matt DeSarno betonte, die Ermittlungen zum Motiv und zu Kontakten des Geiselnahmers hätten „globale Reichweite“. Nach bisherigen Erkenntnissen sei der Täter auf ein Thema fokussiert gewesen, das nicht speziell die jüdische Gemeinschaft betreffe.